

Vertreter der Bauwirtschaft befürworten die Privatisierung von Straßen

Geschäftsführer des Verbands Bauwirtschaft Nordbaden sieht darin Lösung des Finanzierungsproblems

MANNHEIM. „Es geht ja nicht nur darum, dass die Bauwirtschaft Aufträge bekommt. Es geht darum, dass wir die Verkehrsinfrastruktur in ihrer Substanz erhalten und möglichst noch ausbauen.“ Mit diesem Appell wendet sich der Verband Bauwirtschaft Nordbaden in Mannheim an die verantwortlichen Politiker in Bund, Land und Kommunen.

Geschäftsführer Thomas Möller verweist darauf, dass zum Ausbessern der winterlichen Straßenschäden in Baden-Württemberg gut 500 Millionen Euro notwendig wären. Das Land wolle aber bloß 15 Millionen Euro mehr zu den bereitgestellten 40 Millionen beisteuern. Möller bringt eine weitere Privatisierung des Straßennetzes ins Gespräch.

Flicken im Winter ist sinnvoll, doch spätere Sanierung muss auch sein

Die Kommunen – für den größten Teil der Straßen verantwortlich – sind knapp bei Kasse und versuchen, sich „mit Flickschusterei“ aus der Affäre zu ziehen, klagt Geschäftsführer Möller. Es sei zwar richtig und notwendig, bereits im Winter entstandene Schlaglöcher mit Kaltasphalt auszubessern. Danach müsste aber eine tiefgehende-



Straßen ausbessern ist, zumal im Winter, eine kostspielige Angelegenheit. Vertreter der Bauwirtschaft fordern mehr Geld dafür und regen eine Privatisierung an. FOTO: DPA

re Sanierung erfolgen. Auf diese werde aber mehr und mehr verzichtet. Das sei wie beim Zahnarzt: Wer sich mit provisorischen Füllungen in kariösen Zähnen begnüge, müsse später bei einer Generalsanierung weit aus größere Summen aufbringen.

Die Bauwirtschaft stört sich auch daran, dass die kommunalen Bauhöfe zu Billiglösungen greifen. Möller meint: „Es werden zu wenig Fachfirmen eingesetzt.“ Bei provisorischen Lösungen würden im nächsten Winter die Schäden noch

größer. In vielen Fällen sei schon die Tragschicht in Mitleidenschaft gezogen, so Möller: „Nur Straßen, die richtig saniert werden, sind nicht mehr so anfällig für Schlaglöcher.“

Zudem sei ein großer Teil der Gemeindestraßen älter und deshalb auch einfacher gebaut worden – und den hohen Verkehrsbelastungen von heute nicht mehr gewachsen.

Bauwirtschaftler Möller sieht in der kameralistischen Haushaltsführung der Kommunen einen der Gründe, warum man nicht weiß

oder oft auch nicht wissen will, welche Folgen die momentanen Unterlassungen haben: „Die Aufwendungen zum Erhalt des Vermögens, das Straßen ja auch darstellen, werden nicht entsprechend dokumentiert.“

Mittelständler sehen Straßenpflege durch Unternehmen als Alternative

Es werde nicht das zur Sanierung, also zum Unterhalt der Straßen, nötige Geld zurückgestellt. Eine marode Infrastruktur bedeute aber, in der Wettbewerbsfähigkeit der Länder und Kommunen zurückzufallen

Die Bauwirtschaft bietet den Kommunen eine Lösung an: die Public Private Partnership (PPP). Was bei Autobahnen und Schulen funktioniert, könne auch Kreis- und Gemeindestraßen helfen. In der Praxis sehe das so aus: Kommunale Träger übergeben die Verantwortung für die Straßen privaten Unternehmen. Diese sind dann für den Zustand der Straßen verantwortlich und bekommen dafür einen vereinbarten Betrag. In diesem System könnten laut Möller mittelständische Firmen der Region berücksichtigt werden: „So haben die Gemeinden Planungssicherheit und die Garantie, dass die Straßen in Ordnung sind.“ (hara)